

Nach dem Unmöglichen greifen

Es gibt zwei Arten aus der Politik seinen Beruf zu machen. Entweder: man lebt für die Politik oder aber: von der Politik. In aller Regel vielmehr tut man, mindestens ideell, meist aber auch materiell, beides: wer für die Politik lebt, macht im innerlichen Sinne sein Leben daraus.“ Max Weber bringt es auf den Punkt, was für mich Politik bedeutet: Politik hat mich seit meiner frühen Jugend so beeinflusst, dass sie letztlich schon lange mein Leben bestimmt. Für die Politik zu leben, ist für mich seit Jahrzehnten selbstverständlich. Zu leugnen, auch von der Politik zu leben, wäre falsch.

„Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich. Es ist durchaus richtig, und alle geschichtliche Erfahrung bestätigt es, dass man das Mögliche nicht erreichte, wenn nicht immer wieder in der Welt nach dem Unmöglichen gegriffen worden wäre“: Wieder beschreibt Max Weber einprägsam, was ich selbst oft erlebt habe, seit ich mich politisch engagiere.

Das Unmögliche Wirklichkeit werden zu lassen, vollbrachte ich in den Augen meiner Schulfreunde in der dritten Klasse. Damit legte ich die Basis für meine spätere politische Tätigkeit, woran aber eigentlich meine gefürchtete Lateinprofessorin schuld war: „Bist du Klassensprecher?“ Mit dieser Frage konfrontierte sie mich im September 1973 nach einer spontanen Wortmeldung meinerseits. Bei der Wiederholung der Lateinvokabeln der ersten Lektionen des „Liber latinus“ hatte die vor mir sitzende Klassenkollegin zum Missfallen der Professorin diese noch nicht gelernt. Also landete der „Liber latinus“ auf ihrem Kopf. Wie von der Tarantel gebissen sprang ich auf und sagte: „Frau Professor, das dürfen Sie nicht! Schüler dürfen nicht geschlagen werden!“ Ohne auf meine Bemerkung einzugehen, stellte sie mich für mein Verhalten lautstark zur Rede, da ich die Frage, ob ich Klassensprecher sei, verneinen musste. In der Pause kamen dann meine Klassenkolleginnen und -Kollegen auf mich zu und erklärten mir: „Du musst Klassensprecher werden!“

Oft habe ich mich seither gefragt, weshalb ich es als dreizehnjähriger, eigentlich nicht sehr mutiger Schüler gewagt hatte, die von allen gefürchtete Lateinprofessorin herauszufordern, die aufgrund ihrer Unterrichtsmethoden später sogar vom Dienst suspendiert wurde. Vielleicht wollte ich bei meiner Mitschülerin nur Eindruck erwecken. So aber war mein Aufbegehren gegen die Lateinlehrerin, wenn man so will, ein erster Schritt in die Politik, dem ein langer politischer Weg folgen sollte: Seit 1973 übe ich ohne Unterbrechung Sprecherfunktionen aus. Aber alles der Reihe nach: Aus einem katholischen Elternhaus kommend, war ich bereits im Volksschulalter als Ministrant und bei der Katholischen Jungschar von Kaplänen und später von meinem Religionsprofessor stark beeinflusst worden. Zuhause war zwar Politik kein Thema, jedoch begrüßten meine Eltern jedes Engagement von uns Kindern, so auch meines. Auf den Schul- folgte der Landesschulsprecher. Erstmals kam ich mit anderen Schülervetretern in Kontakt, die im Mittelschülerkartellverband (MKV) und in der Union Höherer Schüler (UHS) im ÖVP-Umfeld organisiert waren. Schließlich kämpften wir, um das damals Unmögliche zu erreichen, für die Schaffung einer überregionalen Schülervvertretung. „Die Meinung, dass wir seit Jahren nur gefrotzelt werden, wurde bald von allen Vertretern geteilt“, skizzierte ich unsere damalige Stimmungslage gegenüber der Tageszeitung „Die Presse“ (1. März 1978). Aus Protest gegen die jahrelange Verzögerung bei der Schaffung eines Schülervvertretungsgesetzes brachen wir die Tagung des Bundesschülerbeirates ab und weckten so das öffentliche Interesse für unser Anliegen. Der Gegenwind durch den damaligen Unterrichtsminister Fred Sinowatz blies uns bei der Umsetzung dieses Vorhabens hart ins Gesicht. Mich motivierte das dazu, als Landesobmann und Bundesobmannstellvertreter meine ersten politischen Funktionen in der Union Höherer Schüler zu übernehmen. Später kam dann auch das von uns geforderte Gesetz für eine überregionale Schülervvertretung zustande.

Aus diesem pragmatischen Einstieg in die politische Arbeit als Schüler-Interessensvertreter entwickelte sich rasch ein umfassendes Interesse an Politik. Über die „AASr“ (Anri-Atom-Steiermark), einer überparteilichen Gruppe, die sich gegen das Atomkraftwerk Zwentendorf engagierte, bekam ich dann näheren Kontakt zu ÖVP-Abgeordneten. 1978 betrat ich erstmals das österreichische Parlament,

um am Rande einer Nationalratssitzung mit vielen Abgeordneten ins Gespräch zu kommen und sie gegen Zwentendorf zu mobilisieren. Wir wollten wieder einmal Unmögliches schaffen, nämlich die Inbetriebnahme des bereits fertig gestellten Atomkraftwerkes verhindern. Den 4. November 1978 habe ich noch in bester Erinnerung. Denn die Abstimmung verbuchte ich auch als persönlichen Erfolg. Gleichzeitig verstärkte die Auseinandersetzung um Zwentendorf auch meine negative Haltung gegenüber der SPÖ.

Am Jahrestag der Abstimmung, am 4. November 1979, war auch ich im Minoritensaal in Graz bei der Gründung der ALG (Alternative Liste Graz), der Vorgängerpartei der Grünen als interessierter Gast dabei. Freunde aus der „AAS“ landeten damals bei den Grünen. Die Aufbruchstimmung dort, faszinierte auch mich derart, dass ich in der Folge bei mehreren Veranstaltungen in der „Dezentrale“, dem grünen Vereinslokal, die neue Partei näher kennen lernte.

Dennoch war meine Position immer klar: nicht zuletzt aufgrund des offenen und liberalen Klimas in der Steirischen Volkspartei sah ich niemals die Veranlassung, dieser den Rücken zu kehren. Politisch Interessierte fanden in Graz ein breites Angebot: Im Josef-Krainer-Haus der Steirischen Volkspartei, in der Katholischen Hochschulgemeinde wie auch bei den CV-Verbindungen gab es ebenso interessante wie kontroversielle Diskussionen wie auch bei den Grünen oder in der Friedensbewegung. So machte ich dann innerhalb der österreichischen Friedensbewegung Bekanntschaft mit dem Agitationspotenzial von Alfred Gusenbauer (heute SPÖ-Vorsitzender), Josef Cap (heute SPÖ-Klubobmann) und Peter Pilz (heute Grüner Nationalratsabgeordneter) Bekanntschaft. Die Gefahr der Vereinnahtnahme durch linksstehende Gruppierungen gab es zweifelsohne, andererseits wollte ich das so wichtige Thema „Frieden“ keinesfalls den „Linken“ überlassen. Ganz in meinem Sinne zitierte schließlich Alfred Gusenbauer in der „Zukunft“, dem theoretischen Organ der SPÖ, meine Worte, die ich zum Friedensmarsch geäußert hatte: „Überall dort, wo furchtbare – für Europa unvorstellbare – Ungerechtigkeiten herrschen, wo Menschen verhungern und misshandelt werden, dort steht für mich der Feind, gegen den wir aufrüsten müssen, durch massive Hilfsmaßnahmen allerdings. Ein mehrwöchiger Aufenthalt in Südamerika in den letzten Wochen hat mich in dieser Ansicht nur bestärkt“ (Zukunft 10/1983).

So war also meine Haltung, die mir wichtiger war als einzelne Formulierungen in den Aufrufen zu den Demonstrationen, wo sich die linken Gruppierungen eindeutig durchgesetzt hatten. Diesen „Kleinkrieg“ zu verlieren, nahm ich in Kauf, um im Interesse der „großen Sache Frieden“ eine breite Jugendbewegung in Österreich sichtbar zu machen.

Noch vor den großen Friedensdemonstrationen (15. Mai und 22. Oktober 1983) in Wien, die meine aktive Unterstützung gefunden hatten, organisierte ich mit anderen Studentenvertretern in Graz studentische Demonstrationen, um auf die Raumnot und andere Missstände an der Grazer Universität aufmerksam zu machen. Fraktionsübergreifende Aktivitäten mit den damit verbundenen politischen Scharmützeln bildeten den Schwerpunkt meiner politischen Arbeit in der ersten Hälfte der achtziger Jahre. Diese Arbeit hat mich nachhaltig geprägt.

Dass Politik selbst bei der Verfolgung eines gemeinsamen Zieles Auseinandersetzung und Konfrontation bedeutet, außerhalb und innerhalb der eigenen Partei, bemerkte ich rasch. „Mit der Wahl von Reinhold Lopatka, dem Landesobmann der Jungen ÖVP Steiermark, in den Koordinationsausschuss der Friedensbewegung endete eine zweitägige Friedenskonferenz in Salzburg. Die Wahl war eine Bedingung der Katholischen Jugend gewesen, um die Friedensbewegung auf eine breitere Basis zu stellen. Das Mitmachen der Steirischen Jungschwarzen bei den Friedensbewegten ist eine umstrittene Angelegenheit, hatte doch ÖVP-Generalsekretär Michael Graff noch vor der herbstlichen Friedensdemonstration eine Teilnahme zu verhindern versucht“, hieß es etwa in der „Kleinen Zeitung“ am 31. Jänner 1984.

Am 10. Juni 1983 war ich zum Landesobmann der Jungen ÖVP Steiermark gewählt worden. Andere ehrenamtliche Aktivitäten, beispielsweise meine Arbeit als Sprecher der „Amnesty International Gruppe 122“, stellte ich von da an zurück. Was zählte und was ich von da an versuchte, war meine bisherigen Arbeitsschwerpunkte in die Junge ÖVP einzubringen.

So ging ich nach Besuchen mit dem päpstlichen Missionswerk in Zaire, Kenia und Kolumbien daran, konkrete entwicklungspolitische Projekte zu starten, um die Junge ÖVP und die Steirische Volkspartei für dieses Thema zu sensibilisieren. Mit kirchlichen

Gruppen in der damaligen Tschechoslowakei, Polen, Rumänien und Lettland knüpften wir enge Kontakte und unterstützten sie in ihren Freiheitsbestrebungen. Das machte mich wiederum bei manchen in der Österreichischen Friedensbewegung suspekt. Diese sahen mich fortan als „Fünfte Kolonne von NATO und CIA“.

Neben dem Studium und danach der Arbeit als Assistent an der juristischen Fakultät der Universität Graz war dieses politische Engagement möglich. Nach der Kategorisierung von Max Weber wechselte ich zu diesem Zeitpunkt wohl vom „Gelegenheitspolitiker“ zum „nebenberuflichen Politiker“, „die Politik nur im Bedarfsfalle ausüben und weder materiell noch ideell in erster Linie daraus ihr Leben machen“. Den nächsten Schritt, jenem zum Berufspolitiker, setzte ich nach einem langen Gespräch mit Landeshauptmann Josef Krainer. Dieser machte mir das Angebot, für die Steirische Volkspartei bei einem entsprechenden Landtagswahlergebnis in den Landtag einziehen zu können. Ich beendete daraufhin meine Tätigkeit als Assistent an der Universität Graz und konzentrierte mich stärker auf meine politische Arbeit. 1986 zog ich dann als jüngster Abgeordneter in den Steiermärkischen Landtag ein, 1993 wurde ich Landesgeschäftsführer der Steirischen Volkspartei und 2000 Klubobmann im Steiermärkischen Landtag.

17 Jahre habe ich als Jugend-, Sport- und Sozialsprecher im Landtag gearbeitet. Der nächste Schritt folgte schließlich 2003 – jener in die Bundespolitik als Nationalratsabgeordneter und Generalsekretär der ÖVP. Zuvor war ich Wahlkampfleiter bei den Steirischen Landtagswahlen 2000 und bei den Nationalratswahlen 2002. Dort hatte sich mir die Möglichkeit geboten, die für mich spannendste, intensivste und auch am meisten anstrengende Form von politischer Auseinandersetzung miterleben und mitgestalten zu können. Wieder einmal ging es darum, Unmögliches zu erreichen, nämlich zweistellige Stimmenzuwächse. Zugewinne von 11 und 15 Prozenten bringen dann Glücksmomente, die außerhalb der Politik nur Sportler in Stunden des Sieges erleben können. Nach solchen Gipfelsiegen folgt allerdings der Weg zurück in die der Politik, den Alltag des Berufes Politiker. Unregelmäßige Tagesabläufe, wenig Zeit für Familie und für Sport – und Freizeitaktivitäten sind die Kehrseite der Medaille. Um hier über die Runden zu kommen, sind Freizeit- und Familienaktivitäten in Gleichklang zu bringen.

So begleitete mich meine Familie bei meinen mittlerweile mehr als 40 Marathonläufen. Soll der Lauf in der Politik nicht nach einer kurzen Strecke zu Ende sein, braucht ein Politiker ein Leitbild, an dem er sich orientiert.

In der Schrift „Politiker als Beruf“ von Max Weber habe ich meine Anleitung zum Beruf „Politiker“, die ich in den letzten 20 Jahren mehrfach studiert habe, gefunden. Ohne Verantwortungsethik verkommt Politik. Neben der Vernunft braucht Politik auch ein ethisches Fundament. Die alte römische Weisheit „Quidquid agis prudenter agas et respice finem“ (Was du auch tust, mache es klug und bedenke das Ende.) hat nichts an Aktualität eingebüßt. Verantwortungsethisches Handeln – das kluge Abschätzen der Folgen des eigenen Handelns und das sich dafür verantwortlich Fühlen – ist angesichts neuer großer Fragen von der embryonalen Stammzellenforschung bis zur Euthanasie unabdingbar. Und Weber verlangt richtigerweise von der Politik dieses Verantwortungsgefühl, Leidenschaft und Augenmaß.

Das Greifen nach dem Unmöglichen, sich dieser Herausforderung immer aufs Neue zu stellen und es leidenschaftlich zu tun, dass ist letztendlich die große Herausforderung für jeden, der dem Beruf zur Politik folgt. Das ist der Ruf voranzugehen statt mitzulaufen!